

Pressekonferenz
zum Energiesteuergesetz und zur Beimischungsregelung
mit einer Bewertung der Initiative der Regierungskoalition für Biokraftstoffe
am 9. Mai 2006

(Es gilt das gesprochene Wort)

I. Gerd Sonnleitner, Präsident des Deutschen Bauernverbandes (DBV)

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich danke Ihnen für Ihr Kommen und begrüße Sie ganz herzlich zur Pressekonferenz der Biokraftstoffbranche zum Energiesteuergesetz und zur Beimischungsregelung für Biokraftstoffe.

Das Energiesteuergesetz geht diese Woche in die parlamentarische Beratung und am 17. Mai findet die entscheidende Anhörung im Bundestagsfinanzausschuss statt.

In der letzten Woche wurde das von der großen Koalition erarbeitete Eckpunktepapier zur Beimischungspflicht von Biokraftstoffen ab 2007 veröffentlicht.

Beide Dinge müssen im Zusammenhang betrachtet werden – sie sind essentiell wichtig für die weitere Entwicklung der Biokraftstoffbranche in Deutschland.

Dieses ist unser heutiges Anliegen.

Zunächst möchte ich Ihnen die Teilnehmer der Pressekonferenz vorstellen:

Herr Norbert Schindler, CDU-Bundestagsabgeordneter und Präsident des Landesbauernverbandes Rheinland-Pfalz Süd, ist Vorsitzender des neu gegründeten Vereins Landwirtschaftliche Biokraftstoffe (LAB), der sich für die Interessen der Bioethanolerzeuger in Deutschland einsetzt.

Als Vorsitzender der Union zur Förderung der Oel- und Proteinpflanzen – besser bekannt unter dem Kürzel Ufop – bündelt Herr Dr. Klaus Kliem die Anliegen der Biodieselproduktionskette vom Raps erzeugenden Landwirt bis zur Biodieservermarktung.

Herr Helmut Lamp vertritt als Vorstandsvorsitzender des Bundesverbandes BioEnergie (BBE) die Gesamtinteressen der Bioenergiebranche, vom Landwirt bis zum Anlagenhersteller.

Als Präsident des Deutschen Bauernverbandes möchte ich die wichtigsten Anliegen aus Sicht der Landwirtschaft kommentieren.

Es besteht ein erhebliches Interesse an dem für Deutschland so wichtigen Thema des Marktausbaus bei Biokraftstoffen.

Das Stichwort Versorgungssicherheit mit klimafreundlichen und zugleich preiswerten Kraftstoffen erhält nach den Ereignissen der vergangenen Wochen, mit durchaus protektionistischen Entscheidungen von Russland bis Südamerika – siehe Bolivien –, eine ganz besondere, aktuelle Bedeutung.

Wir sind heute hier angetreten, um Ihnen zwei Kernbotschaften näher zu erläutern:

1. Die Regierungskoalition ist mit Ihrem Eckpunktepapier auf dem richtigen Weg. Es sichert mit der Kombination aus Beimischungspflicht und steuerlicher Begünstigung im Reinkraftstoffmarkt eine effiziente, nachhaltige und flächendeckende Markteinführung der Biokraftstoffe.

Über die Pflichtbeimischung mit Besteuerung ist die Biokraftstoffbranche als erster Sektor der Bioenergie in der Lage, die Anschubfinanzierung an den Staat zurückzuzahlen.

Die verstärkte Verwendung von heimischen Bioenergieträgern verringert zudem die Klimabelastung und Importabhängigkeit von fossilen Kraftstoffen.

Bei moderater Besteuerung in der Beimischung kann sogar ein Beitrag zur Drosselung des Preisanstiegs von fossilen Kraftstoffen geleistet werden.

2. Das Eckpunktepapier ist in seinen Einzelheiten noch nicht schlüssig.

So darf unter anderem der neue Ansatz nicht dadurch konterkariert werden, dass die Steuerbegünstigung für reine Biokraftstoffe nur bis Ende 2009 gelten soll.

Wir brauchen einen Planungshorizont wie bei Erdgas als Kraftstoff bis 2020.

Der Gesetzgeber hat es zudem durch kontinuierliche Überprüfung in der Hand, das fiskalpolitische Risiko einzugrenzen.

Dadurch werden Investitionen abgesichert.

Darüber hinaus muss es Ziel der Bundesregierung sein, in ihrer EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 eine europäische Beimischungspflicht für Biokraftstoffe durchzusetzen.

Nur so wird Klimaschutz glaubwürdig vertreten und langfristig abgesichert werden.

Neben diesen Kernbotschaften ist es für die Erschließung weiterer Biokraftstoffverwendungspfade wichtig, dass Biogas und andere Kraftstoffe der 2. Generation weiterhin steuerbefreit bleiben.

Die Biogasgewinnung ist eine sehr neue aber effiziente Form der Biokraftstoffproduktion, da pro Hektar die höchsten Kraftstoffmengen gewonnen werden können.

Aufbereitetes Biogas kann ohne technische Umrüstung in den vorhandenen Erdgasfahrzeugen eingesetzt werden.

Das vorhandene Erdgasnetz kann in Zukunft für den Transport zur Biogastankstelle hervorragend genutzt werden.

Diese erst in den Anfängen liegende Option muss jetzt auch über das Eckpapier den richtigen Anschub bekommen.

Die Landwirtschaft ist wie die übrige Wirtschaft darauf angewiesen, mit preiswerten Energie- und Kraftstoffen versorgt zu werden.

Die bisherige Agrardieselregelung hat zu erheblichen Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten der Landwirtschaft geführt.

Deshalb fordern wir, dass die in der Land- und Forstwirtschaft verwendeten Biokraftstoffe ohne zeitliche Begrenzung steuerfrei bleiben.

Wichtig ist aber auch, dass andere umweltsensible Bereiche in die Steuerfreiheit integriert werden.

Auf die weiteren Details werden jetzt die Herren zu meinen beiden Seiten eingehen.

Der Vorsitzende der LAB, Norbert Schindler, erläutert die Einzelheiten der Beimischungspflicht.

Herr Dr. Klaus Kliem, Ufop-Vorsitzender, führt die Feinheiten zum Reinkraftstoffmarkt aus.

Und die Einordnung des Biokraftstoffmarktes in den Gesamtkontext der Bioenergie wird der Vorstandsvorsitzende des BBE, Helmut Lamp, vornehmen.

Ich übergebe das Wort nun an Herrn Schindler.

II. Norbert Schindler, Vorsitzender Verein Landwirtschaftliche Biokraftstoffe (LAB)

Die Initiative der Regierungskoalition für obligatorische Mindestanteile an Biokraftstoffen wird von der Bioethanolbranche mit Nachdruck unterstützt.

Die Beimischungspflicht von Bioethanol zum Benzin ist die entscheidende Weichenstellung für die flächendeckende Markteinführung von Bioethanol.

Über den für Benzin vorgesehenen Mindestanteil gibt es aber noch Diskussionsbedarf.

Die ab 2010 vorgesehenen 3 % sind bei weitem zu wenig.

Die Gesamtquote von 6 % muss auch für Benzin gelten.

Das liegt im Rahmen der dann geltenden Benzinnorm.

6 % entsprechen einer Gesamtmenge von gut 2 Millionen Tonnen Bioethanol.

Diskussionsbedarf besteht aber vor allem über die zukünftige steuerliche Förderung von Reinkraftstoffen.

Die völlige Abschaffung der Steuerregelung für Biokraftstoffe ab 2010 kann so nicht stehen bleiben.

Hier geht es um eine grundlegende Weichenstellung.

Dadurch würde der Mittelstand verdrängt und die Mineralölkonzerne wären damit eine störende Konkurrenz los.

Wer hat denn in Deutschland Biokraftstoffe in den Markt eingeführt?

Nicht die Mineralölkonzerne, sondern die Mittelständler.

Die Mittelständler haben investiert und Arbeitsplätze geschaffen.

Die Abschaffung der Reinkraftstoffe ist mit mir nicht zu machen.

Wir fordern, die für Erdgas und synthetische Kraftstoffe aus Biomasse vorgesehene steuerliche Förderung bis 2015 auf alle Biokraftstoffe anzuwenden.

Diesen Punkt werde ich auf der morgigen Demonstration vor dem Brandenburger Tor deutlich ansprechen.

Mit meinem Kollegen im Bundestag, Dr. Hermann Scheer von der SPD, bin ich völlig einig, dass die völlige Abschaffung der Steuerregelung für reine Biokraftstoffe so nicht kommen darf.

Abschließend möchte ich kurz auf die Kampagne des Mineralölwirtschaftsverbandes gegen Biokraftstoffe eingehen:

Die Spritpreise explodieren.

Die Erdölrechnung Deutschlands ist von 25 Milliarden Euro in 2004 auf über 37 Milliarden Euro in 2005 gestiegen.

Dieser Abfluss von 12 Milliarden Euro ist ein Konjunkturkiller ersten Ranges.

Vor diesem Hintergrund ist es dreist, wenn der Mineralölwirtschaftsverband die Initiative der Koalition als 6. Ökosteuerstufe mit Mehrkosten von 5 Cent pro Liter abqualifiziert.

D.h. im Klartext: Die Biokraftstoffe sollen nun auch noch als Entschuldigung für die Spritpreisexplosion missbraucht werden.

Das ist unlauter und durchsichtig.

Richtig ist:

Der ab Januar 2007 vorgesehene Mindestanteil Bioethanol in Benzin kostet 1 Cent pro Liter.

10 % Biokraftstoffe bedeuten

- heimische Wertschöpfung von 4,2 Milliarden Euro, d.h. sinkende Importe bringen Produktion und Arbeitsplätze in Deutschland.
- Schonung endlicher Ressourcen für kommende Generationen
- Schonung der Umwelt
- Weniger Importabhängigkeit von Krisenregionen

Mein Fazit lautet: Die Initiative der Regierungskoalition für obligatorische Mindestanteile an Biokraftstoffen ist richtig und wird im Deutschen Bundestag um die Steuerregelung für Reinkraftstoffe ergänzt werden.

III. Dr. Klaus Kliem, Vorsitzender Union zur Förderung von Oel- und Proteinpflanzen (UFOP)

Die Union zur Förderung von Oel- und Proteinpflanzen bewertet das Eckpunktepapier als Ergebnis der Ressortabstimmung als richtungsweisende Basis für die Weiterentwicklung der Biodiesel- und Rapsölkraftstoffproduktion und -vermarktung.

Die UFOP begrüßt sehr, dass die Regierungskoalition mit der Beibehaltung der Steuerbegünstigung für Reinkraftstoffe den von der Biokraftstoffbranche eingeforderten Vertrauensschutz für bestehende und sich im Bau befindliche Produktionsanlagen Rechnung trägt.

Mit der Einführung einer Quotenregelung verpflichtet die Regierungskoalition die Mineralölwirtschaft zukünftig mindesten 5 % Biodiesel mineralischen Diesel bei voller Besteuerung zumischen zu müssen.

Dieser Pflichtanteil soll ab 2010 auf etwa 10% erhöht werden.

Den Unternehmen bleibt es allerdings überlassen die entsprechenden Zumischquoten auch im Wege der Reinkraftstoffvermarktung zu erfüllen.

Die konkrete Umsetzung und Kontrolle sowie die Regelung für einen Quotenhandel müssen noch im Detail, aber möglichst unbürokratisch festgelegt werden.

Diese darf nicht zu einer einseitigen Abhängigkeit von der Mineralölindustrie führen.

Das Biokraftstoffgesetz muss daher auch die Regelung einer jährlichen Prüfung durch das Parlament enthalten. Fehlentwicklungen müssen jederzeit korrigiert werden können.

Schließlich haben wir es im Pflanzenölkraftstoffsektor mit zwar einer stetig wachsenden und ebenso unterschiedlich strukturierten aber in sich sehr verzahnten Branche zu tun.

Dieser hat sich inzwischen für die heimische Landwirtschaft zu dem wichtigsten Abnehmer für Raps entwickelt.

Der Sektor im Überblick:

Die Landwirtschaft:

2005 wurde auf ca. 1 Mio. Hektar Raps für die Biodieselproduktion angebaut, Umsatzvolumen ca. 800 Mio. Euro. Mehr als 300 dezentrale Ölmühlen produzieren Rapsölkraftstoff oder Rapsöl für die Biodieselherstellung.

Biodieselproduktion:

An etwa 35 Standorten wird heute in Deutschland Biodiesel produziert. Die Anlagengröße reicht von weniger als 2000 Tonnen bis über 200.000 Tonnen.

Ende 2007 wird die Gesamtkapazität etwa 3,4 Mio. Tonnen erreichen.

Das bedeutet, dass hierzulande bereits 12% des Dieserverbrauchs durch Biodiesel ersetzt werden können – Biodiesel leistet damit heute schon einen beachtlichen Beitrag zur Versorgungssicherheit.

Ich möchte hier sogleich der Befürchtung entgegentreten, dass mit der Einführung der Beimischungsquote die Kraftstoffpreise steigen.

Bei voller Besteuerung des Biokraftstoffanteils und unter Berücksichtigung der Mehrkosten für den Bio-Anteil sind dies 1 bis maximal 1,4 Cent je Liter.

Dies sollten uns Energieversorgungssicherheit und Mobilität Wert sein.

2005 wurden etwa 1,8 bis 2 Mio. Tonnen Biodiesel abgesetzt.

Hier hat sich neben der großen Mineralölindustrie insbesondere für den Mittelstand des Mineralölhandels und des Tankstellengewerbes ein auch für diesen Wirtschaftszweig inzwischen wichtige Einkommensalternative entwickelt. 1.900 und damit bereits jede neunte öffentliche Tankstelle bietet Biodiesel für PKW- und Nutzfahrzeughalter an.

Kein anderer Alternativkraftstoff hat diese Marktdurchdringung erreicht, Dank der Freigabenerteilungen für den Reinkraftstoffbetrieb im PKW-Bereich, zu nennen ist hier vor allem die Volkswagen AG und im Nutzfahrzeugbereich die DaimlerChrysler AG.

Diese auch inzwischen international viel beachtete Entwicklung muss allerdings auch nach 2009 fortgesetzt werden können.

Die Biokraftstoffbranche fordert daher, die Beibehaltung der Steuerbegünstigung analog zu den so genannten Biokraftstoffen der 2. Generation bis mindestens 2015.

Das würde den Preisauftrieb bei fossilem Diesel drastisch bremsen.

Die geplante Änderung der europäischen Norm für Dieselmotorkraftstoff zur Anhebung des Zumischanteils von Biodiesel auf 10%, statt bisher 5%, muss beschleunigt werden.

Dies fordert auch der Verband der Deutschen Automobilindustrie.

Die Automobilindustrie hat anerkannt, vorläufig nur mit Biodiesel und Bioethanol die Branchenverpflichtung zur Reduzierung des CO₂-Ausstosses auf 140 Gramm je gefahrenen km bis 2008 im Flottendurchschnitt erfüllen zu können.

IV. Helmut Lamp, Vorsitzender des Vorstandes des Bundesverband BioEnergie e.V. (BBE)

Der Bundesverband BioEnergie e.V. (BBE) unterstützt nachdrücklich den Einsatz der Biokraftstoffbranche nach einer tragfähigen Lösung für Biokraftstoffe, die auch fiskalpolitischen Zwängen gerecht wird.

Biokraftstoffe, wie generell Bioenergie, wirken Preis stabilisierend und leisten einen entscheidenden Beitrag für die Sicherung der nationalen Energieversorgung. Mindestens 15 Prozent des zukünftigen Energiemix können bis 2030 durch Strom, Wärme und Kraftstoffe aus Biomasse bereitgestellt werden.

Diese hervorragenden Perspektiven der Bioenergie müssen in der zukünftigen nationalen Energiestrategie und den konkreten politischen Weichenstellungen ausreichend berücksichtigt werden.

Durch eine tragende Rolle der Erneuerbaren Energien und der Bioenergie im zukünftigen Energiemix kann Deutschland zudem bereits ein positives Signal für den europaweiten Ausbau der erneuerbaren Energien und der Bioenergie im Rahmen seiner EU-Ratspräsidentschaft in 2007 setzen.

Insgesamt ist die derzeitige Marktentwicklung der Bioenergie sehr positiv: In 2005 kann die Bioenergiebranche über alle Marktsegmente (Strom, Wärme und Kraftstoffe) ein durchschnittliches Marktwachstum von 40 Prozent verzeichnen.

Der Gesamtumsatz der Branche ist in 2005 bereits auf über 6 Mrd. € angewachsen und 57.000 zukunftsträchtige Arbeitsplätze wurden durch die Bioenergie in 2005 zur Verfügung gestellt.

Dies ist aber erst der Beginn einer dynamischen Branchenentwicklung.

Die Bioenergie kann viel mehr, bis 2020 wird die deutsche Bioenergiebranche das jährliche Investitionsvolumen der Bioenergie auf 20 Mrd. € ausweiten und bis 2030 insgesamt 200.000 Arbeitsplätze im Bioenergiesektor anbieten.

Die Bioenergie ist damit ein wahrer Konjunktur- und Beschäftigungsmotor und schützt zudem das Klima.

In 2005 wurden durch die Bioenergie bereits 37 Mio. t CO₂ eingespart, bis 2020 werden jährlich 120 Mio. t klimaschädliches CO₂ durch die Nutzung von Strom, Wärme und Kraftstoffe aus Biomasse reduziert werden.

Für die dynamische Weiterentwicklung des Zukunftsmarkts Bioenergie ist ein klares und tatkräftiges Bekenntnis der Politik zur Bioenergie notwendig:

Die junge und überwiegend klein- und mittelständisch geprägte Bioenergiebranche benötigt vor allem Verlässlichkeit, Kontinuität und einen Vertrauensschutz der Politik.

Daher sollte als Ergebnis der angelaufenen Strategiegespräche zur zukünftigen bundesdeutschen Energieversorgung eine nationale Bioenergie-Strategie und ein verbindlicher Bioenergie-Aktionsplan mit klaren Ausbauzielen und einem konkreten Maßnahmenkatalog verabschiedet werden.

Verlässlichkeit und Vertrauensschutz der Politik ist aktuell besonders für die laufende Besteuerungsdiskussion von Biokraftstoffen geboten.

Pressekontakt: Dr. Michael Lohse, Tel.: 030 / 31904 240, Mail: m.lohse@bauernverband.net